

Presse-Clipping
anlässlich des gemeinsamen Pressetermins von
Obmann Mag. Stephan Büttner und GF Mag. Katharina Koßdorff
(Stand: 7.4.2026)

Hörfunk:

- Ö1 Morgenjournal vom 31.3.2026: Lebensmittelindustrie warnt vor höheren Preisen 4
- Ö1 Abendjournal vom 30.3.2026: Lebensmittelsektor fürchtet Preis-eingriffe 4
- Ö1 Mittagsjournal vom 30.3.2026: Lebensmittelpreise und Iran-Krieg belasten Landwirtschaft 5

TV:

- Servus Nachrichten vom 31.3.2026: Österreich - Neue Teuerungswelle befürchtet 6
- ZIB 13 vom 30.3.2026: Ölpreis - Lebensmittelkosten könnten steigen 7

Print & Online:

- Selektiv vom 4.4.2026: Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor 8
- LinkedIn vom 31.3.2026: Beitrag Katharina Koßdorff..... 9
- heute.at vom 31.3.2026: Teuerung extrem - Hier droht nächster Preis-Hammer 10
- Exxpress.at vom 31.3.2026 - Preis-Alarm im Supermarkt: Jetzt droht die nächste Teuerungswelle! 11
- Kronen Zeitung vom 31.3.2026: „Bald dürften Lebensmittel teurer sein“ .. 12
- Die Presse vom 31.3.2026: „Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“ 13

- Oberösterreichische Nachrichten vom 31.3.2026: Margen-Meldepflicht regt Lebensmittelbranche auf 14
- Vorarlberger Nachrichten vom 31.3.2026: Lebensmittelbranche in Aufregung 15
- Österreich vom 31.3.2026: Lebensmittelbranche schlägt jetzt Alarm 15
- Tiroler Tageszeitung vom 31.3.2026: Lebensmittel-Branche warnt vor Staatseingriff 16
- Tiroler Tageszeitung online vom 31.3.2026: Lebensmittel-Branche warnt vor Staatseingriff 17
- APA0022 vom 30.3.2026: Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor 19
- Kronen Zeitung online vom 30.3.2026: Lebensmittel dürften bald noch teurer werden 21
- Die Presse online vom 30.3.2026: Folgen des Krieges in Nahost: „Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“ 23
- Die Presse online vom 30.3.2026: Preisverfall und Konsumtrends bringen Zuckermarkt unter Druck 25
- medianet online vom 30.3.2026: Margen-Meldepflicht sorgt für Kritik in der Lebensmittelbranche 27
- oe24.at vom 30.3.2026: Lebensmittelbranche schlägt Alarm wegen Margenkontrollen 28
- oe24.at vom 30.3.2026: Schon lange kein Zuckerschlecken mehr für den Zuckermarkt 30
- Oberösterreichische Nachrichten online vom 30.3.2026: "Absurd": Lebensmittelbranche kritisiert Margen-Meldepflicht 32
- Salzburg24.at vom 30.3.2026: "Beispielloser Eingriff": Lebensmittelbranche wehrt sich gegen Meldepflicht für Gewinne 34
- finanzen.at vom 30.3.2026: Preisverfall und Konsumtrends bringen Zuckermarkt unter Druck 36
- finanzen.at vom 30.3.2026: Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor 38
- Wiener Börse online vom 30.3.2026: Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor 40
- Kurier vom 30.3.2026: Lebensmittelindustrie befürchtet massiven Anstieg der Preise 42
- Kurier online vom 30.3.2026: Lebensmittelindustrie schlägt wegen steigender Preise Alarm: „Krise hat uns fest im Griff“ 44

- aiz.info online vom 30.3.2026: Preisverfall und Konsumtrends bringen
Zuckermarkt unter Druck 45
- Kosmo online vom 30.3.2026: Lebensmittelbranche warnt: Irankrieg treibt
Lebensmittelpreise hoch..... 46

Ö1 Morgenjournal vom 31.3.2026



Ö1 MORGENJOURNAL

Lebensmittelindustrie warnt vor höheren Preisen

Totschnig (ÖVP): „Landwirtschaft entlasten“

Ö1 • Di., 31.3. • 23 Tg. • 09:23 Min. • Beitrag

▶ Beitrag anhören

Steigende Energie-, Fracht- und Verpackungskosten belasten Lebensmittelproduzent:innen zunehmend. In der Branche rechnet man bereits mit deutlichen Preissteigerungen, auch wenn deren Ausmaß noch nicht klar ist. Gleichzeitig kämpfen Landwirt:innen mit teurem Dünger und hohen Betriebskosten. Die EU berät über Entlastungen, während Vertreter:innen der Landwirtschaft davor warnen, dass ohne Unterstützung die Lebensmittelsicherheit gefährdet ist. Besonders gefordert wird eine steuerliche Begünstigung bei Agrardiesel.

Zum Nachhören:

<https://sound.orf.at/collection/2976/139657/lebensmittelindustrie-warnt-vor-hoeheren-preisen>

Ö1 Abendjournal vom 30.3.2026



18:05 **Lebensmittelsektor fürchtet Preiseingriffe**

Zum Nachhören:

<https://oe1.orf.at/player/20260330/826543/1774886750300>

Ö1 Mittagsjournal vom 30.3.2026



Ö1 MITTAGSJOURNAL

Lebensmittelpreise und Iran-Krieg belasten Landwirtschaft

Ö1 • Mo., 30.3. • 22 Tg. • 12:47 Min. • Beitrag

...

▶ Beitrag weiterhören

Angesichts der Sorge vor höheren Lebensmittelpreisen hat die Bundesregierung angekündigt, gegensteuern zu wollen. Beispielsweise durch eine Umsatzsteuersenkung auf ausgewählte Lebensmittel ab dem Sommer, aber auch durch die Kontrolle der Gewinnspannen der Lebensmittelindustrie. Die Lebensmittelindustrie befürchtet dadurch einen großen bürokratischen Aufwand und dass, wie schon bei der Mineralölwirtschaft, in ihre Preisgestaltung eingegriffen wird.

Die Lebensmittelindustrie ist nicht nur wegen der Margenbeschränkung in Sorge, sondern auch aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. „Es steigen nicht nur die Preise für Energie und Dünger, sondern es könnte auch bald zu Lieferengpässen kommen“, sagt Thomas Schmiedbauer, Chef des Wursterzeugers Wiesbauer und Sprecher der Fleischindustrie.

Zum Nachhören:

<https://sound.orf.at/collection/2976/139548/lebensmittelpreise-und-iran-krieg-belasten-landwirtschaft>

Servus Nachrichten vom 31.3.2026



Video zum Nachschauen:

https://communities.wko.at/ExtranetFachverbandderLebensmittelindustrie/Dokumente/Presse-Clipping/Servus%20Nachrichten%20310326%20-%20Osterreich_Neue_Teuerungswelle_befuerchtet.mp4

ZIB 13 vom 30.3.2026



Video zum Nachschauen (ab 8:07):

<https://on.orf.at/video/14317106/zib-1300-vom-30032026>

Selektiv vom 4.4.2026

Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor

Agrana-Chef Stephan Büttner äußerte den Verdacht, dass das Margenbeschränkungen bei Lebensmitteln Tür und Tor öffnen konnte, vor Journalisten ganz unverhohlen: „Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft“. Dass die Lebensmittelpreise infolge des Irankriegs noch unangenehm anziehen könnten, kann man sich schon denken: Knappheit und damit Teuerung bei den Düngemitteln, höhere Spritpreise verteuern den Transport usw. So verlockend es für unsere rote Regierung dann wieder ist, den Staat die Preise gestalten zu lassen, so falsch ist es. Es verschlimmert die Situation mittelfristig, weil es Unternehmen aus dem Markt drängt, dadurch den Wettbewerb einschränkt, die Versorgungssicherheit gefährdet und als Gießkannenmaßnahme auch nicht taugt, die Inflation einzudämmen. Unternehmen, die um ihre Renditen zittern, investieren hier nicht.

[Quellen und Infos: [Büttner laut APA](#)]

LinkedIn vom 31.3.2026

Beitrag von Katharina Koßdorff



Katharina Koßdorff

Wirtschaftskammer Österreich • 977 Follower:innen
1 Woche



Gemeinsam mit Fachverbandsobmann und AGRANA-CEO [Stephan Buettner](#) hatte der Fachverband der Lebensmittelindustrie vergangene Woche die Gelegenheit, im Außenwirtschaftscenter Paris ([ADVANTAGE AUSTRIA France & Monaco](#)) mit österreichischen Journalistinnen und Journalisten über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für die heimische Lebensmittelindustrie zu sprechen.

📄 Auf der Agenda standen dabei besonders drängende Themen der Lebensmittelbranche, allen voran die geplanten Margenkontrollen und die Plastikabgabe, die derzeit für große Unsicherheit in der Industrie sorgen.

Ein herzliches Dankeschön an Alexandra Runge und [Valentine Holtz](#) vom Außenwirtschaftscenter für die Möglichkeit zum persönlichen Austausch und die spannenden Einblicke in die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Österreich! 🇫🇷



https://de.linkedin.com/posts/katharina-ko%C3%9Fdorff-3824b32a6_gemeinsam-mit-fachverbandsobmann-und-agrana-ceo-activity-7444654841831825409-11L4

heute.at vom 31.3.2026

Teuerung extrem – Hier droht nächster Preis-Hammer



Aufgrund der angespannten Lage in der Landwirtschaft drohen höhere Preise für Lebensmittel.

Nicht nur an Tankstellen, auch in Supermärkten könnte es bald deutlich teurer werden. Hintergrund ist die angespannte Lage in der Landwirtschaft.

Ostern ist neben Weihnachten für Lebensmittelhersteller normalerweise die umsatzstärkste Zeit, doch dieses Jahr ist alles anders: Wegen des Kriegs im Nahen Osten sind die Preise für Energie, Seefracht und Transport massiv gestiegen.

Kosten um bis zu 50 % gestiegen Oskar Wawschniek, Sprecher des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, schilderte im Gespräch mit Ö1 die dramatische Situation: "Es gibt Hinweise auf Frachtkostensteigerungen in der Dimension zwischen 30 und 50 Prozent. Wenn man das auf andere Bereiche hochrechnet, wird es zu signifikanten Preissteigerungen kommen." Je länger der Krieg im Nahen Osten dauert, desto weiter würden die Folgen reichen, so Wawschniek.

"Wenn wir keine Entlastungen schaffen, wird das zur massiven Belastung für Betriebe. Es geht um unsere Lebensmittel- und Produktionssicherheit", fügte Josef Braunwieser, Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Salzburg, hinzu. Er forderte die Wiedereinführung der Dieselsteuerbegünstigung für Bauern.

Minister warnt vor Auswirkungen auf Lebensmittel Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP) zeichnete im Ö1-Morgenjournal ein angespanntes Bild der aktuellen Lage. "Wir haben im Ackerbau eine sehr angespannte Situation. "Steigende Preise für Düngemittel und Treibstoff sowie Unsicherheiten rund um die künftige Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik würden die Betriebe stark belasten. Umso wichtiger sei jetzt ein klares politisches Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft.

Die Entwicklung am Energiemarkt treffe letztlich auch die Konsumenten. Hohe Energiepreise würden zu höheren Kosten in der Produktion führen – mit direkten Auswirkungen auf die Lebensmittelpreise. Totschnig forderte daher Entlastungen für die Landwirtschaft und verwies auf ein angekündigtes Aktionsprogramm der EU-Kommission.

"Das geht sich nicht aus" Die Landwirtschaft habe jedenfalls ihren Beitrag zum Sparkurs geleistet, versicherte der VP-Minister. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben gehe jedoch immer weiter auseinander: Während die Lebensmittelpreise zuletzt gesunken seien, hätten sich die Kosten für die Bauern weiter erhöht. Gleichzeitig gebe ein durchschnittlicher Haushalt heute weniger Geld für Lebensmittel aus: "Das geht sich auf Dauer nicht aus", kommentierte Totschnig.

Angesprochen auf die Spritpreisbremse argumentierte Totschnig, der ebenfalls Umweltminister ist, differenziert: In der Landwirtschaft gehe es nicht um klimaschädliche Subventionen, sondern um die Sicherstellung der Produktion. "Ich brauche den Traktor, um Lebensmittel zu erzeugen", so Totschnig sinngemäß.

Gleichzeitig spricht er sich gegen Verbote wie ein generelles Tempo 100 auf Autobahnen aus und setzt stattdessen auf Anreize – etwa den Umstieg auf erneuerbare Energien, um die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

<https://www.heute.at/s/teuerung-extrem-hier-droht-naechster-preis-hammer-120176278>

Exxpress online vom 31.3.2026

Preis-Alarm im Supermarkt: Jetzt droht die nächste Teuerungswelle!



Die nächste Preiswelle rollt auf Österreich zu und wird den Supermarkt direkt treffen. Energie, Transport und Verpackung werden massiv teurer.

Experten warnen: Die Frage ist nicht, ob die Preise steigen, sondern wie stark.

Lebensmittel bremsen die Inflation derzeit noch – doch das könnte sich rasch ändern. Hinter den Kulissen baut sich massiver Kostendruck auf: Steigende Energiepreise, teurere Rohstoffe und globale Krisen bringen die Branche an ihre Grenzen. Die Folgen werden mit zeitlicher Verzögerung sichtbar werden – aber sie werden kommen und für Konsumenten deutlich spürbar sein. Die Krone berichtete.

Die Warnung aus der Branche ist eindeutig. Stephan Büttner, Obmann der Lebensmittelindustrie in der Wirtschaftskammer, bringt es auf den Punkt: „Die Preise werden steigen, überhaupt keine Frage“.

Haupttreiber ist derzeit die Energie. Sie verteuert nicht nur die Produktion, sondern wirkt sich auch auf Transport und Verpackung aus. Büttner erklärt das anhand eines einfachen Beispiels: „Was glauben Sie, sind die Hauptkosten eines Transportunternehmens? Der Treibstoff.“ Steigen die Kosten für Treibstoff um 30 oder 40 Prozent, ist klar, dass diese weitergegeben werden müssen.

Die Auswirkungen sind bereits spürbar. Containertransporte sind innerhalb kurzer Zeit deutlich teurer geworden. Gleichzeitig steigen die Preise für energieintensive Materialien wie Glas, Aluminium oder Kunststoff. Selbst

Verpackungen, etwa Folien, haben sich teilweise im Preis verdoppelt.

Auch die Landwirtschaft gerät unter Druck, denn Düngemittel sind massiv teurer geworden. Ein Grund dafür sind globale Lieferprobleme: Rund ein Drittel des weltweiten Bedarfs läuft über die Straße von Hormus, die derzeit blockiert ist.

Die Kostenlawine erfasst die gesamte Produktionskette. „Das zieht sich durch – vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt“, sagt Büttner. Besonders problematisch ist, dass viele dieser Faktoren außerhalb des Einflusses der Unternehmen liegen. Energiepreise, Rohstoffe und internationale Logistik sind nicht steuerbar – die Unternehmen können nur reagieren, nicht gegensteuern.

Auch Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, spricht von einer „importierten Inflation“. Während Lebensmittel zuletzt die Teuerung noch gebremst haben, dürfte sich das bald umkehren. Ein Grund dafür ist, dass die Effekte verzögert eintreten. Zunächst steigen die Energie- und Transportkosten, dann schlagen sie nach und nach auf die Preise im Supermarkt durch. „Das kommt sukzessive in den Markt“, so Büttner.

Die wirtschaftliche Lage der Branche ist bereits angespannt. Seit drei Jahren stagniert das Produktionsvolumen bei rund 12 Milliarden Euro, während die Kosten massiv steigen. Allein die Löhne sind um etwa 25 Prozent gestiegen. Das setzt die Unternehmen zusätzlich unter Druck.

Koßdorff warnt: „Wir verlieren an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.“ Das zeigt sich auch im Außenhandel: Während die Exportmengen zurückgehen, wächst das Handelsdefizit im Agrarbereich.

Für zusätzlichen Unmut sorgen politische Maßnahmen. Die Branche sieht die geplante Margenkontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette besonders kritisch. Unternehmen müssten demnach ihre Margen offenlegen und könnten bei als „unangemessen“ eingestuften Gewinnen sanktioniert werden. Für Büttner ist das ein massiver Eingriff: „Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft. Wer investiert noch unter solchen Rahmenbedingungen?“

<https://exxpress.at/economy/preis-alarm-im-supermarkt-jetzt-droht-die-naechste-teuerungswelle/>

Kronen Zeitung vom 31.3.2026

„Bald dürften Lebensmittel teurer sein“

Hohe Energiekosten
aufgrund des Krieges
schlagen wohl nach
Ostern durch, warnen
heimische Erzeuger.

Die Preise werden steigen, überhaupt keine Frage“, macht Stephan Büttner, Obmann der heimischen Lebensmittelindustrie, klar. Offen sei nur, wie stark der Anstieg ausfallen wird. Energie verteuert nicht nur die Produktion, sondern auch den Transport und Verpackungen deutlich. „Was glauben Sie, sind die Hauptkosten eines Transportunternehmens? Der Treibstoff“. Steigt dieser um 30 oder 40%, sei eine Weitergabe unausweichlich.

Erste Effekte würden sich bereits zeigen. So hätten sich Containertransporte innerhalb kürzester Zeit massiv verteuert. Dazu zogen energieintensive Produkte wie Glas, Alu oder Kunststoff an, Verpackungen (z. B. Folien) hätten sich teils verdoppelt. Deutlich teurer wurden auch Düngemittel für die Landwirtschaft. Rund ein Drittel des weltweiten Bedarfs kommt über die Straße von Hormus, die derzeit



Stephan Büttner, Obmann der Lebensmittelindustrie und Agrana-Chef: „Kosten kommen sukzessive an.“

Foto: Jeff Mangione

blockiert ist. „Das zieht sich durch, vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt“, so Büttner. Die Unternehmen könnten gegen diese externen Kostensteigerungen nichts tun.

Teuerung trifft verzögert in Supermärkten ein

Auch Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, betont, dass es sich um eine „importierte Inflation“ handelt. Zuletzt hätten Lebensmittel selbst die Inflation sogar teilweise gebremst, doch das dürfte

sich ändern. Besonders kritisch sehen die Branchenvertreter politische Maßnahmen wie die geplante Margenkontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette – von der Landwirtschaft bis zum Handel. Unternehmen müssten ihre Margen offenlegen und könnten bei „unangemessenen“ Gewinnen sanktioniert werden.

Büttner: „Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft. Wer investiert noch unter solchen Rahmenbedingungen?“ Kritik gibt es aber auch an der geplanten Plastikabgabe, die

künftig von den Unternehmen (und nicht mehr aus dem allgemeinen Steuerpotenzial) bezahlt werden soll (und gleichzeitig um 50% erhöht wird). Besonders problematisch sei, dass die ohnehin schon mit Plastikpfand belegten Produkte auch mit einbezogen werden sollen. „Das trifft genau jene, die bereits in Recycling investiert haben“, so Koßdorff.

Die höheren Kosten intern abzufangen, seien laut Branche kaum mehr drin. Weitere Maßnahmen würden an die Substanz gehen, etwa durch Personalabbau

oder Investitionsstopp. Zugleich hätten viele Unternehmen schwache Jahre hinter sich. In einzelnen Bereichen, etwa der Zuckerproduktion, habe es erhebliche Verluste gegeben. Seit drei Jahren stagniert das Produktionsvolumen bei rund 12 Mrd. €. Gleichzeitig seien aber die Kosten massiv gestiegen. Allein bei den Löhnen ging es um rund 25 Prozent hinauf.

Verlagerungen ins billigere Ausland drohen

Sollte sich an den Rahmenbedingungen in Österreich nichts ändern, droht eine Abwanderung ins Ausland. „Man muss sich schon fragen, wie lange sich Unternehmen das gefallen lassen“, warnt Büttner. Die Produktion kann auch in anderen Ländern stattfinden. Die Erfahrungen aus der Pandemie hätten jedoch gezeigt, wie wichtig eine heimische Lebensmittelproduktion sei.

Die Agrana selbst reagiert auf das schrumpfende Zuckergeschäft samt Schließung der Fabrik in Leopoldsdorf mit Ausbauplänen bei Fruchtzubereitungen (26 Werke weltweit) für Joghurts und Eiscreme, Sirupen, Saftkonzentraten sowie Aromen. Parallel wird das laufende Sparprogramm verschärft. Gerald Hofbauer

Die Presse vom 31.3.2026

Preise. Die Lebensmittelindustrie ist mit steigenden Kosten als Folge des Iran-Krieges konfrontiert und rechnet mit baldigen Preissteigerungen für Konsumenten. Zusätzlich fühlt man sich von der Politik unter Druck gesetzt.

„Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“



Der Iran-Krieg dürfte sich bald auch im Supermarkt bemerkbar machen.

APA/Georg Hochmuth

VON JEANNINE HIERLÄNDER

Paris. Kaum ist die längste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg ausgesessen, bahnt sich schon die nächste Wirtschaftskrise an - weltweit wie in Österreich. Auch die Inflation dürfte, kaum eingefangen, rasch wieder zurückkommen. Die Blockade der Straße von Hormus sowie die Schäden, die durch den Krieg im Nahen Osten an der Energieinfrastruktur entstanden sind, werden sich auf die Preise durchschlagen. „Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“, sagt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der österreichischen Lebensmittelindustrie. „Die nächste Krise hat uns längst fest im Griff.“

Höhere Energiepreise und Probleme beim Transport haben längst die Lebensmittelerzeuger in Österreich erreicht. Und es ist bloß eine Frage der Zeit, bis auch die Konsumenten die Preissteigerungen spüren werden. „Das Ausmaß ist noch nicht allen bewusst“, sagt Stephan Büttner, Vorstand des Börsenkonzerns Agrana und Obmann des Fachverbands der Lebensmittelindustrie. „Das wirkt sich auf die ganze Lieferkette aus. Alles, was wir verarbeiten, wird betroffen sein.“

Gestiegene Kosten

Der Fachverband vertritt 200 industrielle Lebensmittelunternehmen, darunter Marken wie Agrana, Pfanner, Coca-Cola, Red Bull und Radatz. Auch Manner und Recheis sind unter den Mitgliedern. „Die Geopolitik macht uns wirklich Sorgen“, sagt Geschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalisten. Nicht nur die Öl- und Gaspreise erhöhen die Kosten in der industriellen Produktion, auch die Kosten für Verpackungen steigen bereits. Und da die Lieferkette gerissen sei, fehle den Landwirten Düngemittel - auch das werde in weiterer Folge die Konsumenten treffen.

Österreichs Lebensmittelindustrie liefert in den Nahen Osten vor allem Limonaden, Drinks, Fruchtsäfte, aber auch Milchprodukte, für die die Kühlkette jetzt nicht mehr voll gewähr-

leistet sei. Durch „extrem“ gestiegene Frachtkosten wird Treibstoff für Schiffe teurer. Dabei dauerten die Transportwege bereits mehrere Wochen länger, weil der Suezkanal aufgrund der Gefahr durch die Huthi-Rebellen nicht befahrbar sei. Am Beispiel eines Containers zwischen Asien und Europa: Da hätten die Kosten vor Kurzem noch 5000 Euro betragen und

seien nun auf 8000 bis 9000 Euro gestiegen, so Kofsdorff. Auf dem Höhepunkt während der Coronapandemie seien es 11.000 Euro gewesen.

Container müssten umgeleitet werden vom See- auf den Landweg, teilweise kommt Ware nicht beim Empfänger an und geht aufgrund eingeschränkter Haltbarkeit kaputt. Ware könne teils nicht abgeliefert werden, weil Schiffe nicht anlegen können, sagt Verbandsobmann Büttner - dann fallen zusätzliche Lagerkosten an. „Diese Kosten muss irgendjemand übernehmen, daher muss das durchgereicht werden“, sagt Büttner. Hätten Nahrungsmittel allgemein zuletzt dämpfend auf die Inflation gewirkt, seien es vor allem importierte Waren wie Kaffee, Kakao und Tee, für die die Preise explodiert seien, sagt Kofsdorff.

„Eingriff in die Marktwirtschaft“

Inmitten dieser Krise sehen sich die Unternehmensvertreter von der Politik unter Druck gesetzt. Mit 1. Juli wird die Mehrwertsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel von zehn auf 4,9 Prozent gesenkt. Dass die Unternehmen die Steuersenkung weitergeben, soll von der Bundeswettbewerbsbehörde kontrolliert werden. Die Unternehmensvertreter befürchten weitere Bürokratie.

Vor allem aber stößt sich die Industrie an einem Beschluss der Regierung aus dem Vorjahr, der aktuell in Umsetzung sei: Es geht um

die „Margentransparenz entlang der Wertschöpfungskette“, um „faire Preise“ im Supermarkt zu erreichen, wie es im damaligen Ministerratsvortrag heißt. Quer durch die Wertschöpfungskette sollen die Margen von den jeweiligen Unternehmen in eine digitale Schnittstelle eingemeldet werden. Eine Preiskommission soll kontrollieren, ob die Gewinnspannen gerechtfertigt sind. Das sei ein „beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft“, sagt die Industrievertreterin Kofsdorff.

Die Vertreter der Lebensmittelindustrie stoßen sich daran, dass damit neue Bürokratie aufgebaut wird und privaten Unternehmen vorgeschrieben wird, was sie verdienen dürfen. Schließlich sei es ja auch nicht so, dass den Unternehmen in schlechten Zeiten vom Staat die Verluste ausgeglichen werden, so Fachverbands-Obmann Büttner. „Man erwartet, dass die Lebensmittelindustrie die Konsumenten versorgt, aber die Unternehmen dürfen nichts verdienen“, kritisiert der Agrana-Vorstand. „Wer Preiseingriffe machen will, hat nicht verstanden, wie ein Unternehmen funktioniert“, so Büttner.

COMPLIANCE-HINWEIS

Die Reise nach Paris fand auf Einladung der Agrana statt.

diepresse.com

Oberösterreichische Nachrichten vom 31.3.2026

Margen-Meldepflicht regt Lebensmittelbranche auf

WIEN. Die Dreierkoalition plant, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an Wettbewerbsbehörden melden sollen. Der Fachverband der Lebensmittelindustrie hält das für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe. Wann und wie Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei noch unklar.

Vorarlberger Nachrichten vom 31.3.2026

Lebensmittelbranche in Aufregung

WIEN Die Lebensmittelindustrie kritisiert die geplante Meldepflicht für Gewinnspannen an die Bundeswettbewerbsbehörde. Die Maßnahme soll die Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli flankieren. Fachverbandsobmann Stephan Büttner (Agrana) nannte die Pläne „absurd“ und warnte vor einem „beispiellosen Eingriff in die Marktwirtschaft“.

Österreich vom 31.3.2026

Lebensmittelbranche schlägt jetzt Alarm

Ampel-Maßnahme für mehr Transparenz

Wien. Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche in Aufregung. Vorgesehen ist, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachver-

band der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund ist die von der Regierung beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli. Flankiert werden soll diese von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbe-



Lebensmittelsektor warnt vor „absurden“ Plänen.

behörde (BWB), damit die Senkungen auch weitergegeben werden.

Als „absurd“ bezeichnete die Pläne jedenfalls Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner.

Tiroler Tageszeitung vom 31.3.2026

Lebensmittel-Branche warnt vor Staatseingriff

WIEN Lebensmittelfirmen sollen ihre Gewinnmargen preisgeben müssen. Die Branche ist in Aufruhr und erwartet durch Iran-Krieg teurere Lebensmittel.

Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche in Aufruhr. Vorgesehen ist, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen, also den Gewinnanteil, an die Wettbewerbsbehörden melden sollen. Der Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe. Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung bei Grundnahrungsmitteln ab Juli fällt.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben umgesetzt werden sollen, sei unklar, erklärte Fachverbandsführerin Katharina Koßdorff. Auch soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüft. Als „absurd“ bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrarchef Stephan Büttner. In der Branche herrsche ein funktionierender Wettbewerb. Außerdem sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. „Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann



Die geplanten Maßnahmen der Regierung gegen hohe Lebensmittelpreise stoßen der Branche sauer auf. Foto: APA/Hans Klaus Techt

auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette – über alle Produkte – seine Margen abliefern?“

Spar-Vorstandschef Hans K. Reich hatte zuletzt gegenüber der *TT* die Mehrwertsteuersenkung als „bürokratisch und

aufwändig“ kritisiert. So müssten etwa alle Kassen umgestellt werden.

„Beispielloser Eingriff“

Nun befürchtet die Branche, dass neben einer Margenkontrolle letztlich auch ein Eingriff in die Margen erfolgen könnte – ähnlich wie bei der kommenden Spritpreisbremse. „Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter noch ver-

dienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft“, so Koßdorff.

Besorgt ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Folgen des Iran-Kriegs. Nicht nur Energie und Dünger wurden teurer, auch der Preis für Frachtcontainer stieg von 5000 auf bis zu 9000 Euro. Für die Lebensmittelindustrie sowie die Kunden werde das zu Preis- anpassungen führen. (APA)

Tiroler Tageszeitung online vom 31.3.2026

„Beispielloser Eingriff“

Preisschub erwartet: Lebensmittel-Branche warnt vor Staatseingriff



Die geplanten Maßnahmen der Regierung gegen hohe Lebensmittelpreise stoßen der Branche sauer auf. © APA/Hans Klaus

Techt

Lebensmittelfirmen sollen ihre Gewinnmargen preisgeben müssen. Die Branche ist in Aufruhr und erwartet durch Iran-Krieg einen Preisschub bei Lebensmitteln.

Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche in Aufregung. Vorgesehen ist, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen, also den Gewinnanteil, an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe. Hintergrund sind die Anti-Teuerung-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung bei Grundnahrungsmitteln ab Juli fällt.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben umgesetzt werden sollen, sei unklar, erklärte Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff. Auch soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüft. Als „absurd“ bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. In der Branche herrsche ein funktionierender Wettbewerb. Außerdem sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. „Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette – über alle Produkte – seine Margen abliefern?“

Spar-Vorstandschef Hans K. Reisch hatte zuletzt die Mehrwertsteuersenkung als „bürokratisch und aufwändig“ kritisiert. So müssen etwa alle Kassen umgestellt werden.

„Beispielloser Eingriff“

Nun befürchtet die Branche, dass neben einer Margenkontrolle letztlich auch ein Eingriff in die Margen erfolgen könnte – ähnlich wie bei der kommenden Spritpreisbremse. „Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft“, so Koßdorff.

Besorgt ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Folgen des Iran-Kriegs. Nicht nur Energie und Dünger wurden teurer, auch der Preis für Frachtcontainer stieg zuletzt von 5000 Euro auf bis zu 9000 Euro. Für die Lebensmittelindustrie sowie die Kunden werde das zu Preisanpassungen führen. (APA)

<https://www.tt.com/artikel/30930966/preisschub-erwartet-lebensmittel-branche-warnt-vor-staatseingriff>

APA0022 vom 30.3.2026

Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor

(APA-Basisdienst)

WKÖ-Fachverband hält Regelung für nicht umsetzbar und warnt vor staatlichen Eingriffen - Iran-Krieg erhöht Kosten für Lebensmittelindustrie und treibt Lebensmittelpreise

Wien (APA) - Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche aktuell in Aufregung. Vorgesehen ist, wie im Jänner nach der Regierungsklausur kommuniziert, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli fällt. Flankiert werden soll diese bekanntlich von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), damit die Senkungen seitens der Handelskonzerne auch tatsächlich weitergegeben werden. Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bzw. zur Preiskontrolle kommen - darunter die seitens der WKÖ kritisierten zusätzlichen Meldepflichten rund um Gewinnspannen von Lebensmittelbetrieben.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei derzeit noch unklar. Man wisse, dass die Daten sämtlicher Unternehmen in der Wertschöpfungskette - darunter die Lebensmittelverarbeiter und der Handel - über eine digitale Schnittstelle der BWB übermittelt werden sollen, so Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalistinnen und Journalisten in Paris. Darüber hinaus soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüfen soll.

Als "absurd" bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. "Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Da kann man solche Maßnahmen sicher setzen, aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht." Außerdem gehe es um die praktische Umsetzung. So sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Eingriff in Margen?

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. "Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette - über alle Produkte - seine Margen abliefern?" Er sei

gespannt, "was da am Ende für ein Apparat herauskommt".

Befürchtet wird in der Branche, dass neben einer Kontrolle letztlich auch in die Margen eingegriffen werden könnte - ähnlich wie dies bei der kommenden Spritpreisbremse der Fall sein wird. "Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft", meinte Koßdorff, die sich auch an der Gegenfinanzierung der Mehrwertsteuersenkung durch die Plastikabgabe stößt. Diese werde nun vom Staat auf die Unternehmen überwältzt. "Da fragt man sich schon, welches Unternehmen in Österreich unter solchen Rahmenbedingungen noch produzieren will. So stärkt man auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie bzw. des Standortes."

Iran-Krieg erhöht Kosten und verteuert Produkte

In großer Sorge ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Nicht nur steigen die Preise für Energieträger und Dünger, auch die Kosten für Seefracht, Straßentransport und Verpackungen schnellen in die Höhe. Etwa seien die Kosten für Frachtcontainer zuletzt von gut 5.000 Euro auf 8.000 bis 9.000 Euro gestiegen, was aktuell auch die Lebensmittelexporteure treffe, erklärte Koßdorff. Direkt in den Nahen Osten liefere man vor allem alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse. 2025 belief sich der Wert der Ausfuhren dorthin auf rund 188 Mio. Euro, nach 208 Mio. Euro im Jahr davor.

"All dies wirkt sich aber auf die gesamte Wertschöpfungskette aus", fügte Büttner hinzu. Für die Lebensmittelindustrie sowie in Folge die Konsumenten werde das zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. Inwieweit die höheren Kosten bei den Endverbrauchern ankommen, sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch schwer abschätzbar und hänge stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

(Redaktionelle Hinweise: Compliance-Hinweis: Diese Berichterstattung erfolgt im Rahmen einer Pressereise auf Einladung von Agrana. Die Reisekosten werden zur Gänze vom Veranstalter getragen, die Berichterstattung erfolgt unter unabhängiger redaktioneller Verantwortung der APA-Redaktion.) tpo/phs

ISIN AT000AGRANA3

WEB <http://www.agrana.com>

<https://www.wko.at/oe/news/pressestelle-wkoe>

APA0022 2026-03-30/05:01

Kronen Zeitung online vom 30.3.2026

„GAR KEINE FRAGE ...“

Lebensmittel dürften bald noch teurer werden

Wirtschaft | 30.03.2026 20:15



Von Gerald Hofbauer

Die höheren Energiekosten aufgrund des Kriegs im Nahen Osten dürften sich demnächst auch auf unsere Lebensmittel durchschlagen. „Die Preise werden steigen, überhaupt keine Frage“, warnt Stephan Büttner, Obmann der heimischen Lebensmittelindustrie in der Wirtschaftskammer. Die offene Frage sei nur, wie stark der Anstieg ausfallen wird.

Geopolitische Krisen, steigende Kosten und zunehmende Regulierung – die heimische Lebensmittelindustrie steht massiv unter Druck. Am massivsten wirken sich derzeit die steigenden Energiepreise aus. Sie verteuern nicht nur die Produktion, sondern zugleich auch den Transport und Verpackungen deutlich. „Was glauben Sie, sind die Hauptkosten eines Transportunternehmens? Der Treibstoff“, sagt Büttner. Steigt dieser um 30 oder 40 Prozent, sei eine Weitergabe entlang der Kette unausweichlich.

Erste Effekte würden sich bereits zeigen. So hätten sich Containertransporte innerhalb kürzester Zeit massiv verteuert. Dazu zogen energieintensive Produkte wie Glas, Alu oder Kunststoff an. Selbst Verpackungen (zum Beispiel Folien) hätten sich teils im Preis verdoppelt. Deutlich teurer sind auch Düngemittel für die Landwirtschaft geworden. Rund ein Drittel des weltweiten Bedarfs kommt über die Straße von Hormus, die derzeit aber blockiert ist.

Alle diese Entwicklungen treffen die gesamte Branche. „Das zieht sich durch, vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt“, so Büttner. Besonders kritisch sei, dass viele dieser Kostensteigerungen nicht im Einflussbereich der Unternehmen liegen: Energie, Rohstoffe und globale Logistik seien externe Faktoren.

Inflation kommt von außen – und trifft Lebensmittel verzögert

Auch Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der Lebensmittelindustrie, betont, dass es sich um eine „importierte Inflation“ handelt. Zuletzt hätten Lebensmittel selbst die Inflation sogar teilweise gebremst – doch das dürfte sich ändern. Viele Kosten schlagen erst verzögert durch. Energiepreise wirken zunächst in Transport und Produktion, bevor sie im Supermarkt sichtbar werden. „Das kommt sukzessive in den Markt“, meint Büttner.

Branche verliert an Wettbewerbsfähigkeit

Schon jetzt ist die Lage für die heimischen Nahrungsmittelhersteller angespannt. Seit drei Jahren stagniert das Produktionsvolumen bei rund 12 Milliarden Euro. Gleichzeitig seien aber die Kosten massiv gestiegen. Allein bei den Löhnen ging es um rund 25 Prozent hinauf.

„Wir verlieren an preislicher Wettbewerbsfähigkeit“, sagt Koßdorff. Das zeigt sich auch im Außenhandel: Die Exportmengen gehen zurück, während das Handelsdefizit im Agrarbereich deutlich gestiegen ist.

Politik verschärft laut Industrie die Lage. Besonders kritisch sehen die Branchenvertreter aktuelle politische Maßnahmen. Besonders kritisiert wird die geplante Margenkontrolle entlang der gesamten Lebensmittelkette – von der Landwirtschaft bis zum Handel. Unternehmen müssten ihre Margen offenlegen und könnten bei „unangemessenen“ Gewinnen sanktioniert werden. Büttner: „Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft. Wer investiert noch unter solchen Rahmenbedingungen?“

Kritik gibt es aber auch an der geplanten Plastikabgabe, die künftig von den Unternehmen (und nicht mehr aus dem allgemeinen Steuertopf) bezahlt werden soll (und gleichzeitig um 50 Prozent erhöht wird). Besonders problematisch sei, dass die ohnehin schon mit Plastikpfand belegten Produkte auch mit einbezogen werden sollen. „Das trifft genau jene, die bereits in Recycling investiert haben“, so Koßdorff.

Keine Möglichkeiten, gestiegene Kosten intern abzufangen

Die höheren Kosten intern abzufangen, seien laut Branche weitgehend ausgeschöpft. „In den vergangenen Jahren haben wir genug Einsparprogramme gemacht“, sagt Büttner. Weitere Maßnahmen würden zwangsläufig an die Substanz gehen – etwa durch Personalabbau oder Investitionsstopp. Zugleich hätten viele Unternehmen schwache Jahre hinter sich. Gerade in einzelnen Bereichen, etwa der Zuckerproduktion, habe es erhebliche Verluste gegeben. „Da hat auch niemand angeklopft und gesagt: Wir gleichen das aus“, merkt Büttner, der auch Vorstandschef des Zuckerriesen Agrana ist, an.

Verlagerung ins Ausland droht

Sollte sich an den Rahmenbedingungen in Österreich nichts ändern, droht eine Abwanderung ins Ausland. „Man muss sich schon fragen, wie lange sich Unternehmen das gefallen lassen“, warnt Büttner. Die Produktion kann auch in anderen Ländern stattfinden – gerade bei standardisierten Produkten. Die Erfahrungen aus der Pandemie hätten jedoch gezeigt, wie wichtig eine funktionierende heimische Lebensmittelproduktion sei.

Nächste Wochen bzw. Monate entscheidend

Wie sich die Lebensmittelpreise konkret entwickeln, würden die nächsten Wochen bzw. Monate entscheiden. Schon jetzt ist für die Branche aber klar: Die Preissteigerungen können nicht vermieden werden. Die Frage ist nur noch, wie stark sie ausfallen und wie lange sie anhalten.

<https://www.krone.at/4092350>

Die Presse online vom 30.3.2026

Folgen des Krieges in Nahost: „Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“

Die Lebensmittelindustrie ist mit steigenden Kosten als Folge des Iran-Krieges konfrontiert und rechnet mit baldigen Preissteigerungen für Konsumenten. Zusätzlich fühlt man sich von der Politik unter Druck gesetzt und spricht von einem „beispiellosen Eingriff“ in die Marktwirtschaft.



Der Iran-Krieg dürfte sich bald auch im Supermarkt bemerkbar machen.
APA/Georg Hochmuth

30.03.2026 um 10:58

von
Jeannine Hierländer



+ folgen

Paris. Kaum ist die längste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg ausgesessen, bahnt sich schon die nächste Wirtschaftskrise an – weltweit wie in Österreich. Auch die Inflation dürfte, kaum eingefangen, rasch wieder zurückkommen. Die Blockade der Straße von Hormus sowie die Schäden, die durch den Krieg im Nahen Osten an der Energieinfrastruktur entstanden sind, werden sich auf die Preise durchschlagen. „Die Inflation wird uns unausweichlich alle treffen“, sagt Katharina Koßdorff, Geschäftsführerin des Fachverbands der österreichischen Lebensmittelindustrie. „Die nächste Krise hat uns längst fest im Griff.“

Höhere Energiepreise und Probleme beim Transport haben längst die Lebensmittelerzeuger in Österreich erreicht. Und es ist bloß eine Frage der Zeit, bis auch die Konsumenten die Preissteigerungen spüren werden. „Das Ausmaß ist noch nicht allen bewusst“, sagt Stephan Büttner, Vorstand des Börsenkonzerns Agrana und Obmann des Fachverbands der Lebensmittelindustrie. „Das wirkt sich auf die ganze Lieferkette aus. Alles, was wir verarbeiten, wird betroffen sein.“

Der Fachverband vertritt 200 industrielle Lebensmittelunternehmen, darunter Marken wie Agrana, Pfanner, Coca-Cola, Red Bull und Radatz. Auch Manner und Recheis sind unter den Mitgliedern. „Die Geopolitik macht uns wirklich Sorgen“, sagt Geschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalisten. Nicht nur die Öl- und Gaspreise erhöhen die Kosten in der industriellen Produktion, auch die Kosten für Verpackungen steigen bereits. Und da die Lieferkette gerissen sei, fehle den Landwirten Düngemittel – auch das werde in weiterer Folge die Konsumenten treffen.

Durch „extrem“ gestiegene Frachtkosten wird Treibstoff für Schiffe teurer. Dabei dauerten die Transportwege bereits mehrere Wochen länger, weil der Suezkanal aufgrund der Gefahr durch die Huthi-Rebellen nicht befahrbar sei. Am Beispiel eines Containers zwischen Asien und Europa: Da hätten die Kosten vor Kurzem noch 5000 Euro betragen und seien nun auf 8000 bis 9000 Euro gestiegen, so Koßdorff. Am Höhepunkt während der Coronapandemie seien es 11.000 Euro gewesen.

Österreichs Lebensmittelindustrie liefert in den Nahen Osten vor allem Limonaden, Drinks, Fruchtsäfte, aber auch Milchprodukte, für die die Kühlkette jetzt nicht mehr voll gewährleistet sei.

Container müssten umgeleitet werden vom See- auf den Landweg, teilweise kommt Ware nicht beim Empfänger an und geht aufgrund eingeschränkter Haltbarkeit kaputt. Ware könne teils nicht abgeliefert werden, weil Schiffe nicht anlegen können, sagt Verbandsobmann Büttner – dann fallen zusätzliche Lagerkosten an. „Diese Kosten muss irgendjemand übernehmen, daher muss das durchgereicht werden“, sagt Büttner. Hätten Nahrungsmittel allgemein zuletzt dämpfend auf die Inflation gewirkt, seien es vor allem importierte Waren wie Kaffee, Kakao und Tee, für die die Preise explodiert seien, sagt Koßdorff.

Inmitten dieser Krise sehen sich die Unternehmervorteiler von der Politik unter Druck gesetzt. Mit 1. Juli wird die Mehrwertsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel von zehn auf 4,9 Prozent gesenkt. Dass die Unternehmen die Steuersenkung weitergeben, soll von der Bundeswettbewerbsbehörde kontrolliert werden. Die Unternehmervorteiler befürchten weitere Bürokratie.

Vor allem aber stößt sich die Industrie an einem Beschluss der Regierung aus dem Vorjahr, der aktuell in Umsetzung sei: Es geht um die „Margentransparenz entlang der Wertschöpfungskette“, um „faire Preise“ im Supermarkt zu erreichen, wie es im damaligen Ministerratsvortrag heißt. Quer durch die Wertschöpfungskette sollen die Margen von den jeweiligen Unternehmen in eine digitale Schnittstelle eingemeldet werden. Eine Preiskommission soll kontrollieren, ob die Gewinnspannen gerechtfertigt sind. Das sei ein „beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft“, sagt die Industrievertreterin Koßdorff.

Die Vertreter der Lebensmittelindustrie stoßen sich daran, dass damit neue Bürokratie aufgebaut wird und privaten Unternehmen vorgeschrieben wird, was sie verdienen dürfen. Schließlich sei es ja auch nicht so, dass den Unternehmen in schlechten Zeiten vom Staat die Verluste ausgeglichen werden, so Fachverbands-Obmann Büttner. „Man erwartet, dass die Lebensmittelindustrie die Konsumenten versorgt, aber die Unternehmen dürfen nichts verdienen“, kritisiert der Agrana-Vorstand. „Wer Preiseingriffe machen will, hat nicht verstanden, wie ein Unternehmen funktioniert“, so Büttner.

»Wer solche Preiseingriffe machen will, hat nicht verstanden, wie ein Unternehmen funktioniert.«

Agrana-CEO und Obmann des Fachverbands der Lebensmittelindustrie

Compliance-Hinweis: Die Reise nach Paris fand auf Einladung der Agrana statt.

<https://www.diepresse.com/20720000/folgen-des-krieges-in-nahost-die-inflation-wird-uns-unausweichlich-alle>

Presse online vom 30.3.2026

Preisverfall und Konsumtrends bringen Zuckermarkt unter Druck



Die Presse

NACHRICHTEN

Imago / Wolfram Weber Tel. 039005-315

Weniger Zuckerkonsum, sinkende Preise und gestiegene Kosten: Rübenbauern und Zuckerkonzerne stehen unter Druck.

Der europäische Zuckermarkt ist in den vergangenen Jahren unter Druck geraten. Ein Verfall der Zuckerpreise, steigende Produktionskosten sowie veränderte Konsumgewohnheiten haben Landwirten sowie Zuckerkonzernen kräftig zugesetzt. In Österreich ist neben den Rübenbauern vor allem der Lebensmittelkonzern Agrana betroffen, der mit Einsparungen in seiner Zuckersparte und einer neuen strategischen Ausrichtung reagierte.

Die schwierigen Marktbedingungen spiegeln sich zunächst in der Entwicklung des Zuckerpreises wider. Nach rezenten Angaben von europäischen Branchenvertretern sind die Preise von Ende 2023 bis Ende 2025 um 38 Prozent gefallen, nachdem es im Zuge der Ukraine-Krise zu einem Hoch gekommen war. Der Preisdruck schlägt auf die Erzeugerpreise für die Rübenbauern durch, da diese unmittelbar vom erwarteten Zuckerpreis abhängen, wie Wifo-Agrarökonom Franz Sinabell im Gespräch mit der APA erklärte.

Laut dem österreichischen Rübenbauernbund sind es allerdings nicht nur sinkende Preise, die den Bauern zu schaffen machen: Seit dem Jahr 2005 seien die Produktionskosten um 64 Prozent gestiegen und stünden damit in keinem Verhältnis mehr zu den bäuerlichen Erträgen, sagte Präsident Ernst Karpfinger zur APA.

Einen wesentlichen Einschnitt hatte zuvor die EU-Zuckermarktreform im Jahr 2017 gebracht. Damit fielen die Mindestpreise für Zuckerrüben sowie die Quotenregelung für die Zuckerproduktion weg. In der Folge fuhren viele

europäische Konzerne ihre Erzeugung hoch, was eine strukturelle Überversorgung des Marktes zur Folge hatte und ein Grund für die fallenden Preise war.

Hinzu kamen laut Karpfinger diverse Handelsabkommen und der Abbau von Zollschranken, etwa mit der Ukraine. Waren die zollfreien Einfuhren in die EU aus dem Land vor dem Krieg auf 20.000 Tonnen pro Jahr begrenzt, wurden die Kontingente zwischenzeitlich deutlich erhöht und zuletzt auf 100.000 Tonnen pro Jahr festgelegt. Derartige Importvereinfachungen hätten zur aktuell schwierigen Situation am Markt beitragen, sowohl preislich als auch mit Blick auf die Mengen. In vielen Ländern könne schlicht günstiger produziert werden als hierzulande oder in anderen Teilen Europas, so Karpfinger.

Die Liberalisierung des Marktes und ihre Folgen sowie die geringeren Zuckerpreise in den vergangenen Jahren machten freilich auch vor den Zuckererzeugern nicht Halt. In der industriellen Verarbeitung sind seit 2022 für diese zusätzlich die gestiegenen Energiekosten hinzugekommen. „Das sind mit die Gründe, warum in Europa in den vergangenen Jahren ein Zuckerwerk nach dem anderen geschlossen wurde“, ordnete Sinabell ein. Auch bei der Agrana kam es mit der Schließung der Standorte in Leopoldsdorf im Marchfeld sowie Hrušovany in Tschechien im vergangenen Jahr zu einer Restrukturierung. In Österreich kostete das rund 120 Mitarbeitern ihren Job.

Die Zukunft des Agrana-Zuckerwerks in Tulln und damit des letzten verbliebenen Zuckerwerks hierzulande stehe aber weiter und trotz der Einsparungen in der Zuckersparte nicht zur Disposition, betonte Agrana-CEO Stephan Büttner am Rande eines Medientermins in Paris. Zuletzt hatte sich die Agrana mit dem Rübenbauernbund auch auf ein neues Preismodell für den Zuckerrübenanbau bis 2029 geeinigt.

Die Schließung des Standorts in Leopoldsdorf verteidigte Büttner. Zucker sei angesichts des rückläufigen Marktes und der Überversorgungslage schlicht „kein Wachstumsbusiness“ mehr. In der Agrana liegt der Fokus mit einer neuen Strategie mittlerweile auf der profitablen Sparte Food & Beverage Solutions (FBS), die unter anderem Fruchtzubereitungen umfasst.

Ein weiterer wesentlicher Grund für die Entwicklungen am Zuckermarkt ist der Trend hin zu weniger Zuckerkonsum bzw. einer gesundheitsbewussteren Lebensweise - laut Büttner ein Phänomen, das in ganz Europa zu beobachten

ist. Das bestätigt Josef Domschitz vom WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie: Neben der Marktlage dürfe man die Konsumentenseite nicht außer Acht lassen, wo sich auch in Österreich viel getan habe. Hierzulande ging laut Daten der Statistik Austria der jährliche Zuckerverbrauch pro Kopf von 1994 bis 2024 von 41 kg auf rund 28,7 kg zurück.

Begleitet wird der Wandel von gesundheitspolitischen Organisationen wie SIPCAN, die sich für eine gesundheitsfördernde Ernährung einsetzen. Deren Sprecher, Manuel Schätzer, verwies gegenüber der APA etwa auf Limonaden, wo der Zuckergehalt in den vergangenen Jahren bzw. Jahrzehnten mit einigen Ausnahmen deutlich reduziert worden sei. Dabei ziehe in Österreich auch der Lebensmittelhandel sowie die öffentliche Verwaltung im Schulbereich mit. „Wir bemühen uns, die gesündere Wahl zur leichteren zu machen. All das kann geschehen, ohne dass die Süße künstlich kompensiert wird“, betonte Schätzer. Ziel der Organisation, die etwa die „Zucker-Raus-Initiative“ von Spar wissenschaftlich begleitet, sei, den Menschen die Vorteile eines gesundheitsbewussten Lebensstils näherzubringen. „Und das ohne Zeigefinger, ohne Verbote, ohne Bevormundung.“ (APA)

<https://www.diepresse.com/20723882/preisverfall-und-konsumtrends-bringen-zuckermarkt-unter-druck>

medianet online vom 30.3.2026

RETAIL

30.03.2026 Redaktion

Margen-Meldepflicht sorgt für Kritik in der Lebensmittelbranche



Fachverbandsobmann und Agrana-CEO Stephan Büttner

© Agrana

WIEN. Die von der schwarz-rot-pinken Koalition geplanten Maßnahmen für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor sorgen für Kritik in der Branche. Vorgesehen ist, dass Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette künftig ihre Margen an die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) melden. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält das für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungsmaßnahmen der Regierung, darunter die Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli. Diese soll durch verstärkte Kontrollen abgesichert werden. Zusätzlich sind weitere Eingriffe geplant, etwa Meldepflichten zu Gewinnspannen, die in der Branche auf Widerstand stoßen.

„Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht“, kritisiert Fachverbandsobmann und Agrana-CEO Stephan Büttner die Pläne. Unklar sei zudem, welche Margen konkret gemeldet werden sollen und wie dies organisatorisch bei der Vielzahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Auch Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff sieht offene Fragen bei der Umsetzung. Die Daten sollen über eine digitale Schnittstelle an die BWB übermittelt und von einer Preiskommission geprüft werden. Gleichzeitig warnt die Branche vor möglichen Eingriffen in die Margen.

Zusätzliche Unsicherheit bringt die internationale Lage: Der Iran-Krieg treibt Kosten für Energie, Transport und Verpackung. Das belastet die gesamte Wertschöpfungskette und dürfte mittelfristig zu Preisanpassungen führen, deren Ausmaß derzeit schwer abschätzbar ist.

<https://medianet.at/news/retail/margen-meldepflicht-sorgt-fuer-kritik-in-der-lebensmittelbranche-73666.html>

oe24.at vom 30.3.2026



© Getty

INFLATION

Lebensmittelbranche schlägt Alarm wegen Margenkontrollen

30.03.26, 13:25

Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche aktuell in Aufregung.

Vorgesehen ist, wie im Jänner nach der Regierungsklausur kommuniziert, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli fällt. Flankiert werden soll diese bekanntlich von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), damit die Senkungen seitens der Handelskonzerne auch tatsächlich weitergegeben werden. Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bzw. zur Preiskontrolle kommen - darunter die seitens der WKÖ kritisierten zusätzlichen Meldepflichten rund um Gewinnspannen von Lebensmittelbetrieben.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei derzeit noch unklar. Man wisse, dass die Daten sämtlicher Unternehmen in der Wertschöpfungskette - darunter die Lebensmittelverarbeiter und der Handel - über eine digitale Schnittstelle der BWB übermittelt werden sollen, so Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalistinnen und Journalisten in Paris. Darüber hinaus soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüfen soll.

Als "absurd" bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. "Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Da kann man solche Maßnahmen sicher setzen, aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht." Außerdem gehe es um die praktische Umsetzung. So sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Eingriff in Margen?

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. "Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette - über alle Produkte - seine Margen abliefert?" Er sei gespannt, "was da am Ende für ein Apparat herauskommt".

Befürchtet wird in der Branche, dass neben einer Kontrolle letztlich auch in die Margen eingegriffen werden könnte - ähnlich wie dies bei der kommenden Spritpreisbremse der Fall sein wird. "Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft", meinte Koßdorff, die sich auch an der Gegenfinanzierung der Mehrwertsteuersenkung durch die Plastikabgabe stößt. Diese werde nun vom Staat auf die Unternehmen überwältigt. "Da fragt man sich schon, welches Unternehmen in Österreich unter solchen Rahmenbedingungen noch produzieren will. So stärkt man auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie bzw. des Standortes."

Iran-Krieg erhöht Kosten und verteuert Produkte

In großer Sorge ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Nicht nur steigen die Preise für Energieträger und Dünger, auch die Kosten für Seefracht, Straßentransport und Verpackungen schnellen in die Höhe. Etwa seien die Kosten für Frachtcontainer zuletzt von gut 5.000 Euro auf 8.000 bis 9.000 Euro gestiegen, was aktuell auch die Lebensmittelexporteure treffe, erklärte Koßdorff. Direkt in den Nahen Osten liefere man vor allem alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse. 2025 belief sich der Wert der Ausfuhren dorthin auf rund 188 Mio. Euro, nach 208 Mio. Euro im Jahr davor.

"All dies wirkt sich aber auf die gesamte Wertschöpfungskette aus", fügte Büttner hinzu. Für die Lebensmittelindustrie sowie in Folge die Konsumenten werde das zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. Inwieweit die höheren Kosten bei den Endverbrauchern ankommen, sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch schwer abschätzbar und hänge stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

<https://www.oe24.at/oesterreich/politik/lebensmittelbranche-schlaegt-alarm-wegen-margenkontrollen/674594266>

oe24.at vom 30.3.2026



© Getty

38 % PREISVERFALL

Schon lange kein Zuckerschlecken mehr für den Zuckermarkt

Sinkende Preise, weniger Zuckerkonsum, gestiegene Kosten setzen Zuckerkonzernen und Rübenbauern zu.

Die schwierigen Marktbedingungen spiegeln sich in der Entwicklung des Zuckerpreises wider. Nach rezenten Angaben von europäischen Branchenvertretern sind die Preise von Ende 2023 bis Ende 2025 um europaweit um 38 Prozent gefallen, nachdem es im Zuge der Ukraine-Krise zu einem Hoch gekommen war.

Laut dem österreichischen Rübenbauernbund sind es allerdings nicht nur sinkende Preise, die den Bauern zu schaffen machen: Seit dem Jahr 2005 seien die Produktionskosten um 64 Prozent gestiegen und stünden damit in keinem Verhältnis mehr zu den bäuerlichen Erträgen, sagte Präsident Ernst Karpfinger zur APA.

Zäsur durch Zuckermarktreform im Jahr 2017

Einen wesentlichen Einschnitt hatte zuvor die EU-Zuckermarktreform im Jahr 2017 gebracht. Damit fielen die Mindestpreise für Zuckerrüben sowie die Quotenregelung für die Zuckerproduktion weg. In der Folge fuhren viele europäische Konzerne ihre Erzeugung hoch, was eine strukturelle Überversorgung des Marktes zur Folge hatte und ein Grund für die fallenden Preise war.

Hinzu kamen laut Karpfinger diverse Handelsabkommen und der Abbau von Zollschranken, etwa mit der Ukraine. Waren die zollfreien Einfuhren in die EU aus dem Land vor dem Krieg auf 20.000 Tonnen pro Jahr begrenzt, wurden die Kontingente zwischenzeitlich deutlich erhöht und zuletzt auf 100.000 Tonnen pro Jahr festgelegt.

In der industriellen Verarbeitung sind seit 2022 für diese zusätzlich die gestiegenen Energiekosten hinzugekommen. "Das sind mit die Gründe, warum in Europa in den vergangenen Jahren ein Zuckerwerk nach dem anderen geschlossen wurde", ordnete Sinabell ein. Auch bei der Agrana kam es mit der Schließung der Standorte in Leopoldsdorf im Marchfeld sowie Hrušovany in Tschechien im vergangenen Jahr zu einer Restrukturierung. In Österreich kostete das rund 120 Mitarbeitern ihren Job.

Büttner: Produktion in Tulln gesichert

Die Zukunft des Agrana-Zuckerwerks in Tulln und damit des letzten verbliebenen Zuckerwerks hierzulande stehe aber weiter und trotz der Einsparungen in der Zuckersparte nicht zur Disposition, betonte Agrana-CEO Stephan Büttner am Rande eines Medientermins in Paris. Zuletzt hatte sich die Agrana mit dem Rübenbauernbund auch auf ein neues Preismodell für den Zuckerrübenanbau bis 2029 geeinigt.

Die Schließung des Standorts in Leopoldsdorf verteidigte Büttner. Zucker sei angesichts des rückläufigen Markts und der Überversorgungslage schlicht "kein Wachstumsbusiness" mehr. In der Agrana liegt der Fokus mit einer neuen Strategie mittlerweile auf der profitablen Sparte Food & Beverage Solutions (FBS), die unter anderem Fruchtzubereitungen umfasst.

Trend zu weniger Zuckerkonsum

Ein weiterer wesentlicher Grund für die Entwicklungen am Zuckermarkt ist der Trend hin zu weniger Zuckerkonsum bzw. einer gesundheitsbewussteren Lebensweise - laut Büttner ein Phänomen, das in ganz Europa zu beobachten ist. Das bestätigt Josef Domschitz vom WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie: Neben der Marktlage dürfe man die Konsumentenseite nicht außer Acht lassen, wo sich auch in Österreich viel getan habe. Hierzulande ging laut Daten der Statistik Austria der jährliche Zuckerverbrauch pro Kopf von 1994 bis 2024 von 41 kg auf rund 28,7 kg zurück.

<https://www.oe24.at/oesterreich/chronik/schon-lange-kein-zuckerschlecken-mehr-fuer-den-zuckermarkt/674583470>

"Absurd": Lebensmittelbranche kritisiert Margen-Meldepflicht

Von nachrichten.at, 30. März 2026, 08:23 Uhr



Symbolbild

Bild: BARBARA GINDL (APA)

WIEN. Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche aktuell in Aufregung.

Vorgesehen ist, wie im Jänner nach der Regierungsklausur kommuniziert, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli fällt. Flankiert werden soll diese bekanntlich von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), damit die Senkungen seitens der Handelskonzerne auch tatsächlich weitergegeben werden. Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bzw. zur Preiskontrolle kommen - darunter die seitens der WKÖ kritisierten zusätzlichen Meldepflichten rund um Gewinnspannen von Lebensmittelbetrieben.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei derzeit noch unklar. Man wisse, dass die Daten sämtlicher Unternehmen in der Wertschöpfungskette - darunter die Lebensmittelverarbeiter und der Handel - über eine digitale Schnittstelle der BWB übermittelt werden sollen, so Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalistinnen und Journalisten in Paris. Darüber hinaus soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüfen soll.

Als "absurd" bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. "Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Da kann man solche Maßnahmen sicher setzen, aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht." Außerdem gehe es um die praktische Umsetzung. So sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Eingriff in Margen?

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. "Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette - über alle Produkte - seine Margen abliefert?" Er sei gespannt, "was da am Ende für ein Apparat herauskommt".

Befürchtet wird in der Branche, dass neben einer Kontrolle letztlich auch in die Margen eingegriffen werden könnte - ähnlich wie dies bei der kommenden Spritpreisbremse der Fall sein wird. "Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft", meinte Koßdorff, die sich auch an der Gegenfinanzierung der Mehrwertsteuersenkung durch die Plastikabgabe stößt. Diese werde nun vom Staat auf die Unternehmen überwält. "Da fragt man sich schon, welches Unternehmen in

Österreich unter solchen Rahmenbedingungen noch produzieren will. So stärkt man auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie bzw. des Standortes."

Iran-Krieg erhöht Kosten und verteuert Produkte

In großer Sorge ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Nicht nur steigen die Preise für Energieträger und Dünger, auch die Kosten für Seefracht, Straßentransport und Verpackungen schnellen in die Höhe. Etwa seien die Kosten für Frachtcontainer zuletzt von gut 5.000 Euro auf 8.000 bis 9.000 Euro gestiegen, was aktuell auch die Lebensmittelexporteure treffe, erklärte Koßdorff. Direkt in den Nahen Osten liefere man vor allem alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse. 2025 belief sich der Wert der Ausfuhren dorthin auf rund 188 Mio. Euro, nach 208 Mio. Euro im Jahr davor.

"All dies wirkt sich aber auf die gesamte Wertschöpfungskette aus", fügte Büttner hinzu. Für die Lebensmittelindustrie sowie in Folge die Konsumenten werde das zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. Inwieweit die höheren Kosten bei den Endverbrauchern ankommen, sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch schwer abschätzbar und hänge stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

<https://www.nachrichten.at/wirtschaft/absurd-lebensmittelbranche-kritisiert-margen-meldepflicht;art15,4154996>

Salzburg24.at vom 30.3.2026

"Beispielloser Eingriff": Lebensmittelbranche wehrt sich gegen Meldepflicht für Gewinne



Das Thema Lebensmittelpreise könnte sich durch den Iran-Krieg weiter verschärfen. (SYMBOLBILD)

Veröffentlicht: 30. März 2026 06:10 Uhr

Die Pläne der Bundesregierung für mehr Transparenz bei Lebensmittelpreisen sorgen für Widerstand in der Wirtschaft. Während die Politik die geplante Mehrwertsteuersenkung absichern will, warnt die Industrie vor praxisuntauglichen Meldepflichten und Wettbewerbsnachteilen.

Hintergrund der aktuellen Debatte sind die Bemühungen der schwarz-rot-pinken Koalition, die Teuerung bei Grundnahrungsmitteln einzudämmen. Ab Juli soll die Mehrwertsteuer auf diese Produkte gesenkt werden. Damit diese Ersparnis auch tatsächlich bei den Konsumenten ankommt, plant die Regierung verstärkte Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB). Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sollen künftig ihre Margen über eine digitale Schnittstelle melden.

Industrie spricht von "Absurdität"

Scharfe Kritik kommt vom WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie. Fachverbandsobmann und Agrarchef Stephan Büttner bezeichnete die Pläne als "absurd". Er argumentiert, dass in einer Branche mit funktionierendem Wettbewerb solche Eingriffe unnötig seien. Zudem sei völlig unklar, wie die logistische Umsetzung bei der Vielzahl an Produkten und Betrieben funktionieren solle.

Die Branche befürchtet laut Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff, dass der Staat letztlich festlegen könnte, was ein Landwirt oder Verarbeiter verdienen darf – ähnlich wie bei der bereits diskutierten Spritpreisbremse. Dies wäre laut Koßdorff ein "beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft."

Iran-Krieg treibt Kosten zusätzlich in die Höhe

Erschwert wird die Lage durch die geopolitischen Spannungen. Der Iran-Krieg belastet die Lebensmittelhersteller massiv:

- **Logistik:** Die Kosten für Frachtcontainer sind laut Verband von rund 5.000 auf bis zu 9.000 Euro gestiegen.
- **Produktion:** Energieträger, Dünger und Verpackungen verteuern sich rapide.
- **Exporte:** Der Nahe Osten ist ein wichtiger Markt für heimische Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse (Exportwert 2025: ca. 188 Mio. Euro).

Diese Kostensteigerungen werden laut Büttner zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. In welchem Ausmaß die Teuerung bei den Endverbraucher:innen ankommt, hänge jedoch stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

Deine Meinung zählt! Feedback, Lob oder Korrekturen gerne direkt an uns.

(Quelle: apa)

<https://www.salzburg24.at/news/oesterreich/beispielloser-eingriff-lebensmittelbranche-wehrt-sich-gegen-meldepflicht-fuer-gewinne-art-321223>

finanzen.at vom 30.30.2026

Preisverfall und Konsumtrends bringen Zuckermarkt unter Druck

Der europäische Zuckermarkt ist in den vergangenen Jahren unter Druck geraten. Ein Verfall der Zuckerpreise, steigende Produktionskosten sowie veränderte Konsumgewohnheiten haben Landwirten sowie Zuckerkonzernen kräftig zugesetzt. In Österreich ist neben den Rübenbauern vor allem der Lebensmittelkonzern [Agrana](#) betroffen, der mit Einsparungen in seiner Zuckersparte und einer neuen strategischen Ausrichtung reagierte.

Die schwierigen Marktbedingungen spiegeln sich zunächst in der Entwicklung des Zuckerpreises wider. Nach rezenten Angaben von europäischen Branchenvertretern sind die Preise von Ende 2023 bis Ende 2025 um 38 Prozent gefallen, nachdem es im Zuge der Ukraine-Krise zu einem Hoch gekommen war. Der Preisdruck schlägt auf die Erzeugerpreise für die Rübenbauern durch, da diese unmittelbar vom erwarteten Zuckerpreis abhängen, wie Wifo-Agrarökonom Franz Sinabell im Gespräch mit der APA erklärte.

Laut dem österreichischen Rübenbauernbund sind es allerdings nicht nur sinkende Preise, die den Bauern zu schaffen machen: Seit dem Jahr 2005 seien die Produktionskosten um 64 Prozent gestiegen und stünden damit in keinem Verhältnis mehr zu den bäuerlichen Erträgen, sagte Präsident Ernst Karpfinger zur APA.

Zäsur durch Zuckermarktreform im Jahr 2017

Einen wesentlichen Einschnitt hatte zuvor die EU-Zuckermarktreform im Jahr 2017 gebracht. Damit fielen die Mindestpreise für Zuckerrüben sowie die Quotenregelung für die Zuckerproduktion weg. In der Folge fuhren viele europäische Konzerne ihre Erzeugung hoch, was eine strukturelle Überversorgung des Marktes zur Folge hatte und ein Grund für die fallenden Preise war.

Hinzu kamen laut Karpfinger diverse Handelsabkommen und der Abbau von Zollschränken, etwa mit der Ukraine. Waren die zollfreien Einfuhren in die EU aus dem Land vor dem Krieg auf 20.000 Tonnen pro Jahr begrenzt, wurden die Kontingente zwischenzeitlich deutlich erhöht und zuletzt auf 100.000 Tonnen pro Jahr festgelegt. Derartige Importvereinfachungen hätten zur aktuell schwierigen Situation am Markt beitragen, sowohl preislich als auch mit Blick auf die Mengen. In vielen Ländern könne schlicht günstiger produziert werden als hierzulande oder in anderen Teilen Europas, so Karpfinger.

Die Liberalisierung des Marktes und ihre Folgen sowie die geringeren Zuckerpreise in den vergangenen Jahren machten freilich auch vor den Zuckererzeugern nicht Halt. In der industriellen Verarbeitung sind seit 2022 für diese zusätzlich die gestiegenen Energiekosten hinzugekommen. "Das sind mit die Gründe, warum in Europa in den vergangenen Jahren ein Zuckerwerk nach dem anderen geschlossen wurde", ordnete Sinabell ein. Auch bei der Agrana kam es mit der Schließung der Standorte in Leopoldsdorf im Marchfeld sowie Hrušovany in Tschechien im vergangenen Jahr zu einer Restrukturierung. In Österreich kostete das rund 120 Mitarbeitern ihren Job.

Büttner: Produktion in Tulln gesichert

Die Zukunft des Agrana-Zuckerwerks in Tulln und damit des letzten verbliebenen Zuckerwerks hierzulande stehe aber weiter und trotz der Einsparungen in der Zuckersparte nicht zur Disposition, betonte Agrana-CEO Stephan Büttner am Rande eines Medientermins in Paris. Zuletzt hatte sich die Agrana mit dem Rübenbauernbund auch auf ein neues Preismodell für den Zuckerrübenanbau bis 2029 geeinigt.

Die Schließung des Standorts in Leopoldsdorf verteidigte Büttner. Zucker sei angesichts des rückläufigen Markts und der Überversorgungslage schlicht "kein Wachstumsbusiness" mehr. In der Agrana liegt der Fokus mit einer neuen Strategie mittlerweile auf der profitablen Sparte Food & Beverage Solutions (FBS), die unter anderem Fruchtzubereitungen umfasst.

Trend zu weniger Zuckerkonsum

Ein weiterer wesentlicher Grund für die Entwicklungen am Zuckermarkt ist der Trend hin zu weniger Zuckerkonsum bzw. einer gesundheitsbewussteren Lebensweise - laut Büttner ein Phänomen, das in ganz Europa zu beobachten ist. Das bestätigt Josef Domschitz vom WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie: Neben der Marktlage dürfe man die Konsumentenseite nicht außer Acht lassen, wo sich auch in Österreich viel getan habe. Hierzulande ging laut Daten der Statistik Austria der jährliche Zuckerverbrauch pro Kopf von 1994 bis 2024 von 41 kg auf rund 28,7 kg zurück.

Begleitet wird der Wandel von gesundheitspolitischen Organisationen wie SIPCAN, die sich für eine gesundheitsfördernde Ernährung einsetzen. Deren Sprecher, Manuel Schätzer, verwies gegenüber der APA etwa auf Limonaden, wo der Zuckergehalt in den vergangenen Jahren bzw. Jahrzehnten mit einigen Ausnahmen deutlich reduziert worden sei. Dabei ziehe in Österreich auch der Lebensmittelhandel sowie die öffentliche Verwaltung im Schulbereich mit. "Wir bemühen uns, die gesündere Wahl zur leichteren zu machen. All das kann geschehen, ohne dass die Süße künstlich kompensiert wird", betonte Schätzer. Ziel der Organisation, die etwa die "Zucker-Raus-Initiative" von Spar wissenschaftlich begleitet, sei, den Menschen die Vorteile eines gesundheitsbewussten Lebensstils näherzubringen. "Und das ohne Zeigefinger, ohne Verbote, ohne Bevormundung."

(Redaktionelle Hinweise: Compliance-Hinweis: Diese Berichterstattung erfolgt im Rahmen einer Pressereise auf Einladung von Agrana. Die Reisekosten werden zur Gänze vom Veranstalter getragen, die Berichterstattung erfolgt unter unabhängiger redaktioneller Verantwortung der APA-Redaktion.) tpo/phs

ISIN AT000AGRANA3 WEB <http://www.agrana.com>

<https://www.finanzen.at/nachrichten/aktien/preisverfall-und-konsumtrends-bringen-zuckermarkt-unter-druck-1035974310>

finanzen.at vom 30.3.2026

Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen

Lebensmittelsektor

Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche aktuell in Aufregung. Vorgesehen ist, wie im Jänner nach der Regierungsklausur kommuniziert, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli fällt. Flankiert werden soll diese bekanntlich von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), damit die Senkungen seitens der Handelskonzerne auch tatsächlich weitergegeben werden. Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bzw. zur Preiskontrolle kommen - darunter die seitens der WKÖ kritisierten zusätzlichen Meldepflichten rund um Gewinnspannen von Lebensmittelbetrieben.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei derzeit noch unklar. Man wisse, dass die Daten sämtlicher Unternehmen in der Wertschöpfungskette - darunter die Lebensmittelverarbeiter und der Handel - über eine digitale Schnittstelle der BWB übermittelt werden sollen, so Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalistinnen und Journalisten in Paris. Darüber hinaus soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüfen soll.

Als "absurd" bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. "Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Da kann man solche Maßnahmen sicher setzen, aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht." Außerdem gehe es um die praktische Umsetzung. So sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Eingriff in Margen?

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. "Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette - über alle Produkte - seine Margen abliefern?" Er sei gespannt, "was da am Ende für ein Apparat herauskommt".

Befürchtet wird in der Branche, dass neben einer Kontrolle letztlich auch in die Margen eingegriffen werden könnte - ähnlich wie dies bei der kommenden Spritpreisbremse der Fall sein wird. "Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft", meinte Koßdorff, die sich auch an der Gegenfinanzierung der Mehrwertsteuersenkung durch die Plastikabgabe stößt. Diese werde nun vom Staat auf die Unternehmen überwälzt. "Da fragt man sich schon, welches Unternehmen in Österreich unter solchen Rahmenbedingungen noch produzieren will. So stärkt man auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie bzw. des Standortes."

Iran-Krieg erhöht Kosten und verteuert Produkte

In großer Sorge ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Nicht nur steigen die Preise für Energieträger und Dünger, auch die Kosten für Seefracht, Straßentransport und Verpackungen schnellen in die Höhe. Etwa seien die Kosten für Frachtcontainer zuletzt von gut 5.000 Euro auf 8.000 bis 9.000 Euro gestiegen, was aktuell auch die Lebensmittelexporteure treffe, erklärte Koßdorff. Direkt in den Nahen Osten liefere man vor allem alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse. 2025 belief sich der Wert der Ausfuhren dorthin auf rund 188 Mio. Euro, nach 208 Mio. Euro im Jahr davor.

"All dies wirkt sich aber auf die gesamte Wertschöpfungskette aus", fügte Büttner hinzu. Für die Lebensmittelindustrie sowie in Folge die Konsumenten werde das zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. Inwieweit die höheren Kosten bei den Endverbrauchern ankommen, sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch schwer abschätzbar und hänge stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

(Redaktionelle Hinweise: Compliance-Hinweis: Diese Berichterstattung erfolgt im Rahmen einer Pressereise auf Einladung von Agrana. Die Reisekosten werden zur Gänze vom Veranstalter getragen, die Berichterstattung erfolgt unter unabhängiger redaktioneller Verantwortung der APA-Redaktion.) tpo/phs

ISIN AT000AGRANA3 WEB <http://www.agrana.com> <https://www.wko.at/oe/news/pressestelle-wkoe>

<https://www.finanzen.at/nachrichten/aktien/preise-plane-fuer-margenkontrollen-beunruhigen-lebensmittelsektor-1035974311>

Wiener Börse online vom 30.3.2026

Preise - Pläne für Margenkontrollen beunruhigen Lebensmittelsektor - wienerbourse.at

30.03.2026, 05:01:00

WKÖ-Fachverband hält Regelung für nicht umsetzbar und warnt vor staatlichen Eingriffen - Iran-Krieg erhöht Kosten für Lebensmittelindustrie und treibt Lebensmittelpreise

Eine seitens der schwarz-rot-pinken Koalition geplante Maßnahme für mehr Transparenz im Lebensmittelsektor versetzt die Branche aktuell in Aufregung. Vorgesehen ist, wie im Jänner nach der Regierungsklausur kommuniziert, dass Unternehmen entlang der Lebensmittel-Wertschöpfungskette demnächst ihre Margen an die Wettbewerbshüter melden sollen. Der WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie hält dies für praxisuntauglich und warnt vor Wettbewerbsnachteilen für Betriebe.

Hintergrund sind die Anti-Teuerungs-Anstrengungen der Regierung, worunter auch die beschlossene Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel ab Juli fällt. Flankiert werden soll diese bekanntlich von verstärkten Kontrollen durch die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB), damit die Senkungen seitens der Handelskonzerne auch tatsächlich weitergegeben werden. Parallel dazu sollen weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs bzw. zur Preiskontrolle kommen - darunter die seitens der WKÖ kritisierten zusätzlichen Meldepflichten rund um Gewinnspannen von Lebensmittelbetrieben.

Vieles noch unklar

Wann und wie die Vorgaben konkret umgesetzt werden sollen, sei derzeit noch unklar. Man wisse, dass die Daten sämtlicher Unternehmen in der Wertschöpfungskette - darunter die Lebensmittelverarbeiter und der Handel - über eine digitale Schnittstelle der BWB übermittelt werden sollen, so Fachverbandsgeschäftsführerin Katharina Koßdorff vor Journalistinnen und Journalisten in Paris. Darüber hinaus soll laut Koßdorff eine Preiskommission eingesetzt werden, die diese Margen überprüfen soll.

Als "absurd" bezeichnete die Pläne Fachverbandsobmann und Agrana-Chef Stephan Büttner. "Wenn es in einem Markt ein Monopol gibt, geht das ja in Ordnung. Da kann man solche Maßnahmen sicher setzen, aber nicht in einer Industrie, wo ein funktionierender Wettbewerb herrscht." Außerdem gehe es um die praktische Umsetzung. So sei offen, welche Margen überhaupt übermittelt werden sollen und wie dies logistisch bei der großen Zahl an Unternehmen und Produkten umgesetzt werden könne.

Eingriff in Margen?

Überhaupt verstehe er den Ansatz nicht, sagte Büttner weiter. "Ich hätte ursprünglich verstanden, dass die Maßnahmen dazu dienen, dass die Mehrwertsteuersenkung dann auch beim Konsumenten ankommt. Nur: Die Mehrwertsteuer wird nur auf wenige Grundnahrungsmittel beschränkt. (...) Wie kommt man also jetzt dazu, dass man über die gesamte Wertschöpfungskette - über alle Produkte - seine Margen abliefern?" Er sei gespannt, "was da am Ende für ein Apparat herauskommt".

Befürchtet wird in der Branche, dass neben einer Kontrolle letztlich auch in die Margen eingegriffen werden könnte - ähnlich wie dies bei der kommenden Spritpreisbremse der Fall sein wird. "Da würde festgelegt, was ein Landwirt oder Verarbeiter überhaupt noch verdienen darf. Das wäre ein beispielloser Eingriff in die Marktwirtschaft", meinte Koßdorff, die sich auch an der Gegenfinanzierung der Mehrwertsteuersenkung durch die Plastikabgabe stößt. Diese werde nun vom Staat auf die Unternehmen überwält. "Da fragt man sich schon, welches Unternehmen in Österreich unter solchen Rahmenbedingungen noch produzieren will. So stärkt man auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie bzw. des Standortes."

Iran-Krieg erhöht Kosten und verteuert Produkte

In großer Sorge ist die Lebensmittelindustrie aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs. Nicht nur steigen die Preise für Energieträger und Dünger, auch die Kosten für Seefracht, Straßentransport und Verpackungen schnellen in die Höhe. Etwa seien die Kosten für Frachtcontainer zuletzt von gut 5.000 Euro auf 8.000 bis 9.000 Euro gestiegen, was aktuell auch die Lebensmittelexporteure treffe, erklärte Koßdorff. Direkt in den Nahen Osten liefere man vor allem alkoholfreie Erfrischungsgetränke, Backwaren und Käse. 2025 belief sich der Wert der Ausfuhren dorthin auf rund 188 Mio. Euro, nach 208 Mio. Euro im Jahr davor.

"All dies wirkt sich aber auf die gesamte Wertschöpfungskette aus", fügte Büttner hinzu. Für die Lebensmittelindustrie sowie in Folge die Konsumenten werde das zwangsläufig zu Preisanpassungen führen. Inwieweit die höheren Kosten bei den Endverbrauchern ankommen, sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch schwer abschätzbar und hänge stark vom weiteren Kriegsverlauf ab.

(Redaktionelle Hinweise: Compliance-Hinweis: Diese Berichterstattung erfolgt im Rahmen einer Pressereise auf Einladung von Agrana. Die Reisekosten werden zur Gänze vom Veranstalter getragen, die Berichterstattung erfolgt unter unabhängiger redaktioneller Verantwortung der APA-Redaktion.) tpo/phs

<https://www.wienerbourse.at/news/apa-news-detail/?apa=1160276913&cHash=ecce8d7d49f2712a5a11cda9ac042e2b>

Kurier vom 30.3.2026

Lebensmittelindustrie befürchtet massiven Anstieg der Preise

Energiekrise. Branche kritisiert Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Inflation.

Wirtschaft 17



„Bei normalem Wettbewerb absolut falsch“

Lebensmittelindustrie. Die Branche warnt vor einem massiven Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Die von der Regierung geplante „Margenkontrolle“ bei Unternehmen lehnt ihr Interessensvertreter, Agrana-Chef Büttner, klar ab.



Schlagen Preisalarm bei Lebensmitteln: Koßdorff, Büttner.

Von Michael Bachner

Angesichts des Irankrieges, der sich bereits in seiner fünften Woche befindet, schlägt nun auch Österreichs Lebensmittelindustrie Alarm. Steigende Energiepreise, höhere Frachtkosten, teurer Dünger und zerreißen Lieferketten erhöhen den Kostendruck entlang der Wertschöpfungskette: vom Bauern über die Weiterverarbeiter und Transportfirmen bis zum Handel.

Die logische Folge seien steigende Preise für die Endverbraucher und die Gefahr einer neuerlichen Lohn-Preis-Spirale wie in den Jahren der Teuerungskrise nach dem Angriff auf die Ukraine. Schätzungen eines Inflationsanstieges von zwei auf im schlimmsten Fall vier bis sechs Prozent machen die Runde. „Die nächste Krise hat uns schon jetzt fest im Griff“, sagt Katharina Koßdorff. Sie ist Geschäftsführerin der Sparte Lebensmittelindustrie in der Wirtschaftskammer.

Branche unter Druck

Besagter Wirtschaftszweig steht für 200 Unternehmen, 27.500 Beschäftigte und bekannte Marken wie Darbo, Manner, Stiegl oder Wiesbauer. Die Wertschöpfung beträgt zwölf Milliarden Euro, davon werden zehn Milliarden im Export in alle Welt verdient. Das Problem laut Koßdorff: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt, detto die Exportmengen. Die Branche stagniert seit drei Jahren – und jetzt die nächste Energiekrise.

Der größte Verarbeiter agrarischer Rohstoffe von z. B. Zuckerrüben ist in Österreich die Agrana. Ihr Chef, Stephan Büttner, vertritt die Lebensmittelindustrie als Obmann in der Wirtschaftskammer.

Als solcher lobt er Seite an Seite mit Koßdorff die Regierung für ihr prinzipielles Bemühen, die Inflation dieses Mal zu bekämpfen und nicht wieder einfach durchrauschen zu lassen. Einzelne Maßnahmen kritisiert er hingegen scharf – vom Anti-Shrinkflati-

ons-Gesetz („purer Aktionismus“) über die Spritpreissenkung um zehn Cent für alle („Gießkanne“) bis zur ebenfalls teuren, dem Einzelnen aber nur wenige Euro bringenden Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel.

„Warum Salz ein Grundnahrungsmittel ist, Zucker aber nicht, verstehe ich nicht. Wir haben die Steuersenkung nicht bekommen, aber trotzdem die Margenkontrolle“, sagt Büttner. Der letzte Punkt stößt ihm besonders sauer

auf. Eine Art staatliche Gewinnbeschränkung lehnt er kategorisch ab.

Bei dieser Margenkontrolle, so der Plan der Bundesregierung, müssen alle Firmen ihre Erträge der Bundeswettbewerbsbehörde einmelden. Danach analysiert eine Preiskommission die Daten und erklärt, ob es sich um zulässige Gewinne oder ein Krisen-Körpergeld handelt. Büttner: „Für uns ist das absolut abzulehnen. Wir sind keine NGO.“

Es sei auch völlig unklar, welche Gewinnzahlen gemeldet werden müssen und anhand welcher Definition entschieden werde, was zulässig, was ein unzulässiger Übergewinn ist. „Da wird eine riesige Bürokratie aufgebaut. Man kann das nicht ernst nehmen“, so der Agrana-Chef.

Bei sehr konzentrierten Branchen wie der Ölindustrie mit z. B. nur einer Raffinerie in Österreich, mache so eine Margenkontrolle „vielleicht Sinn“. „Bei ganz normalem Wettbewerb ist das absolut falsch“, so Büttner.

Verluste nicht gedeckt

Das Hauptproblem bleibe aber ohnehin die Summe aus den steigenden Öl-, Gas- und Strompreisen. So machen die Transportkosten bei der Agrana rund 100 Millionen Euro im Jahr aus. Steigen diese Kosten wegen der höheren Spritpreise um 15 bis 20 Prozent schlägt das sehr negativ zu Buche. Büttner: „Für die Abdeckung der Verluste in den letzten Jahren hat sich niemand bei mir gemeldet.“

Kurier online vom 30.3.2026

"kurier.at" gefunden am 30.03.2026 06:41 Uhr Von: Michael Bachner

Lebensmittelindustrie schlägt wegen steigender Preise Alarm: „Krise hat uns fest im Griff“

Die Branche warnt vor einem massiven Anstieg der Nahrungsmittelpreise. Die von der Regierung geplante „Margenkontrolle“ bei Unternehmen lehnt ihr Interessensvertreter, Agrana-Chef Büttner, klar ab.

Angesichts des Irankrieges, der sich bereits in seiner fünften Woche befindet, schlägt nun auch Österreichs Lebensmittelindustrie Alarm. Steigende Energiepreise, höhere Frachtkosten, teurer Dünger und zerreißende Lieferketten erhöhen den Kostendruck entlang der Wertschöpfungskette: vom Bauern über die Weiterverarbeiter und Transportfirmen bis zum Handel.

Die logische Folge seien steigende Preise für die Endverbraucher und die Gefahr einer neuerlichen Lohn-Preis-Spirale wie in den Jahren der Teuerungskrise nach dem Angriff auf die Ukraine. Schätzungen eines Inflationsanstieges von zwei auf im schlimmsten Fall vier bis sechs Prozent machen die Runde. „Die nächste Krise hat uns schon jetzt fest im Griff“, sagt Katharina Koßdorff. Sie ist Geschäftsführerin der Sparte Lebensmittelindustrie in der Wirtschaftskammer.

Besagter Wirtschaftszweig steht für 200 Unternehmen, 27.500 Beschäftigte und bekannte Marken wie Darbo, Manner, Stiegl oder Wiesbauer. Die Wertschöpfung beträgt zwölf Milliarden Euro, davon werden zehn Milliarden im Export in alle Welt verdient. Das Problem laut Koßdorff: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt, detto die Exportmengen. Die Branche stagniert seit drei Jahren – und jetzt die nächste Energiekrise.

Der größte Verarbeiter agrarischer Rohstoffe von z. B. Zuckerrüben ist in Österreich die Agrana. Ihr Chef, Stephan Büttner, vertritt die Lebensmittelindustrie als Obmann in der Wirtschaftskammer.

Als solcher lobt er Seite an Seite mit Koßdorff die Regierung für ihr prinzipielles Bemühen, die Inflation dieses Mal zu bekämpfen und nicht wieder einfach durchrauschen zu lassen. Einzelne Maßnahmen kritisiert er hingegen scharf – vom Anti-Shrinkflations-Gesetz („purer Aktionismus“) über die Spritpreissenkung um zehn Cent für alle („Gießkanne“) bis zur ebenfalls teuren, dem Einzelnen aber nur wenige Euro bringenden Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel.

„Warum Salz ein Grundnahrungsmittel ist, Zucker aber nicht, verstehe ich nicht. Wir haben die Steuersenkung nicht bekommen, aber trotzdem die Margenkontrolle“, sagt Büttner. Der letzte Punkt stößt ihm besonders sauer auf. Eine Art staatliche Gewinnbeschränkung lehnt er kategorisch ab.

Bei dieser Margenkontrolle, so der Plan der Bundesregierung, müssen alle Firmen ihre Erträge der Bundeswettbewerbsbehörde einmelden. Danach analysiert eine Preiskommission die Daten und erklärt, ob es sich um zulässige Gewinne oder ein Krisen-Körpergeld handelt. Büttner: „Für uns ist das absolut abzulehnen. Wir sind keine NGO.“

Es sei auch völlig unklar, welche Gewinnzahlen gemeldet werden müssen und anhand welcher Definition entschieden werde, was zulässig, was ein unzulässiger Übergewinn ist. „Da wird eine riesige Bürokratie aufgebaut. Man kann das nicht ernst nehmen“, so der Agrana-Chef.

Bei sehr konzentrierten Branchen wie der Ölindustrie mit z. B. nur einer Raffinerie in Österreich, mache so eine Margenkontrolle „vielleicht Sinn“. „Bei ganz normalem Wettbewerb ist das absolut falsch“, so Büttner.

Das Hauptproblem bleibe aber ohnehin die Summe aus den steigenden Öl-, Gas- und Strompreisen. So machen die Transportkosten bei der Agrana rund 100 Millionen Euro im Jahr aus. Steigen diese Kosten wegen der höheren Spritpreise um 15 bis 20 Prozent, schlägt das sehr negativ zu Buche. Büttner: „Für die Abdeckung der Verluste in den letzten Jahren hat sich niemand bei mir gemeldet.“

<https://kurier.at/wirtschaft/inflation-preise-irankrieg-lebensmittel/403145779>

aiz.info online vom 30.3.2026

Preisverfall und Konsumtrends bringen Zuckermarkt unter Druck

Markt rückläufig, Gründe sind mannigfaltig - Sinkende Preise, weniger Zuckerkonsum, gestiegene Kosten setzen Zuckerkonzernen und Rübenbauern zu

Der europäische Zuckermarkt ist in den vergangenen Jahren unter Druck geraten. Ein Verfall der Zuckerpreise, steigende Produktionskosten sowie veränderte Konsumgewohnheiten haben Landwirten sowie Zuckerkonzernen kräftig zugesetzt. In Österreich ist neben den Rübenbauern vor allem der Lebensmittelkonzern Agrana betroffen, der mit Einsparungen in seiner Zuckersparte und einer neuen strategischen Ausrichtung reagierte.

Die schwierigen Marktbedingungen spiegeln sich zunächst in der Entwicklung des Zuckerpreises wider. Nach rezenten Angaben von europäischen Branchenvertretern sind die Preise von Ende 2023 bis Ende 2025 um 38 Prozent gefallen, nachdem es im Zuge der Ukraine-Krise zu einem Hoch gekommen war. Der Preisdruck schlägt auf die Erzeugerpreise für die Rübenbauern durch, da diese unmittelbar vom erwarteten Zuckerpreis abhängen, wie Wifo-Agrarökonom Franz Sinabell im Gespräch mit der APA erklärte.

Laut dem österreichischen Rübenbauernbund sind es allerdings nicht nur sinkende Preise, die den Bauern zu schaffen machen: Seit dem Jahr 2005 seien die Produktionskosten um 64 Prozent gestiegen und stünden damit in keinem Verhältnis mehr zu den bäuerlichen Erträgen, sagte Präsident Ernst Karpfinger zur APA.

Zäsur durch Zuckermarktreform im Jahr 2017

Einen wesentlichen Einschnitt hatte zuvor die EU-Zuckermarktreform im Jahr 2017 gebracht. Damit fielen die Mindestpreise für Zuckerrüben sowie die Quotenregelung für die Zuckerproduktion weg. In der Folge fuhren viele europäische Konzerne ihre Erzeugung hoch, was eine strukturelle Überversorgung des Marktes zur Folge hatte und ein Grund für die fallenden Preise war.

Hinzu kamen laut Karpfinger diverse Handelsabkommen und der Abbau von Zollschranken, etwa mit der Ukraine. Waren die zollfreien Einfuhren in die EU aus dem Land vor dem Krieg auf 20.000 Tonnen pro Jahr begrenzt, wurden die Kontingente zwischenzeitlich deutlich erhöht und zuletzt auf 100.000 Tonnen pro Jahr festgelegt. Derartige Importvereinfachungen hätten zur aktuell schwierigen

Situation am Markt beitragen, sowohl preislich als auch mit Blick auf die Mengen. In vielen Ländern könne schlicht günstiger produziert werden als hierzulande oder in anderen Teilen Europas, so Karpfinger.

Die Liberalisierung des Marktes und ihre Folgen sowie die geringeren Zuckerpreise in den vergangenen Jahren machten freilich auch vor den Zuckererzeugern nicht Halt. In der industriellen Verarbeitung sind seit 2022 für diese zusätzlich die gestiegenen Energiekosten hinzugekommen. "Das sind mit die Gründe, warum in Europa in den vergangenen Jahren ein Zuckerwerk nach dem anderen geschlossen wurde", ordnete Sinabell ein. Auch bei der Agrana kam es mit der Schließung der Standorte in Leopoldsdorf im Marchfeld sowie Hrušovany in Tschechien im vergangenen Jahr zu einer Restrukturierung. In Österreich kostete das rund 120 Mitarbeitern ihren Job.

Büttner: Produktion in Tulln gesichert

Die Zukunft des Agrana-Zuckerwerks in Tulln und damit des letzten verbliebenen Zuckerwerks hierzulande stehe aber weiter und trotz der Einsparungen in der Zuckersparte nicht zur Disposition, betonte Agrana-CEO Stephan Büttner am Rande eines Medientermins in Paris. Zuletzt hatte sich die Agrana mit dem Rübenbauernbund auch auf ein neues Preismodell für den Zuckerrübenanbau bis 2029 geeinigt.

Die Schließung des Standorts in Leopoldsdorf verteidigte Büttner. Zucker sei angesichts des rückläufigen Marktes und der Überversorgungslage schlicht "kein Wachstumsbusiness" mehr. In der Agrana liegt der Fokus mit einer neuen Strategie mittlerweile auf der profitablen Sparte Food & Beverage Solutions (FBS), die unter anderem Fruchtzubereitungen umfasst.

Trend zu weniger Zuckerkonsum

Ein weiterer wesentlicher Grund für die Entwicklungen am Zuckermarkt ist der Trend hin zu weniger Zuckerkonsum bzw. einer gesundheitsbewussteren Lebensweise - laut Büttner ein Phänomen, das in ganz Europa zu beobachten ist. Das bestätigt Josef Domschitz vom WKÖ-Fachverband der Lebensmittelindustrie: Neben der Marktlage dürfe man die Konsumentenseite nicht außer Acht lassen, wo sich auch in Österreich viel getan habe. Hierzulande ging laut Daten der Statistik Austria der jährliche Zuckerverbrauch pro Kopf von 1994 bis 2024 von 41 kg auf rund 28,7 kg zurück. (Schluss)

<https://aiz.info/preisverfall-und-konsumtrends-bringen-zuckermarkt-unter-druck+2400+1174577?env=ZnJlZT0xMTc0NTc3>

Kosmo online vom 30.3.2026

Lebensmittelbranche warnt: Irankrieg treibt Lebensmittelpreise hoch

Der Irankrieg trifft Österreichs Lebensmittelbranche hart – und die Branche warnt: Das Schlimmste könnte erst noch kommen.

In der fünften Woche des Irankrieges macht sich auch in Österreichs Lebensmittelbranche wachsende Unruhe breit. Gestiegene Energiekosten, verteuerte Frachtraten, höhere Düngemittelpreise und zunehmend fragile Lieferketten erhöhen den Druck auf alle Glieder der Wertschöpfungskette – von den landwirtschaftlichen Betrieben über Verarbeitungsbetriebe und Logistikunternehmen bis hin zum Einzelhandel. Als unmittelbare Konsequenz werden höhere Verbraucherpreise erwartet, verbunden mit dem Risiko einer erneuten Lohn-Preis-Spirale, wie sie Österreich bereits in der Teuerungswelle nach dem Beginn des Ukraine-Krieges erlebt hat.

In der Branche kursieren Prognosen, wonach die Inflationsrate von derzeit zwei Prozent im ungünstigsten Szenario auf vier bis sechs Prozent klettern könnte. „Die nächste Krise hat uns schon jetzt fest im Griff“, sagt Katharina Kossdorff, Geschäftsführerin der Sparte Lebensmittelindustrie in der Wirtschaftskammer Österreich.

Dieser Wirtschaftsbereich umfasst 200 Unternehmen mit insgesamt 27.500 Beschäftigten und steht für bekannte Marken wie Darbo, Manner, Stiegl oder Wiesbauer. Die Branche erwirtschaftet eine Gesamtwertschöpfung von zwölf Milliarden Euro, wovon zehn Milliarden auf den internationalen Export entfallen. Das Problem laut Kossdorff: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt, detto die Exportmengen. Die Branche stagniert seit drei Jahren – und jetzt die nächste Energiekrise.

Kritik an Maßnahmen

Größter Verarbeiter landwirtschaftlicher Rohstoffe wie etwa Zuckerrüben ist in Österreich die Agrana. Ihr Vorstandsvorsitzender Stephan Büttner vertritt die Lebensmittelindustrie als Obmann in der Wirtschaftskammer Österreich. In dieser Funktion lobt er gemeinsam mit Kossdorff die Bundesregierung dafür, dass sie diesmal grundsätzlich entschlossen scheint, der Inflation entgegenzuwirken, anstatt sie wie zuvor ungebremst zu tolerieren. Einzelne Maßnahmen kritisiert er hingegen scharf – vom Anti-Shrinkflations-Gesetz über die Spiritpreissenkung um zehn Cent für alle bis zur ebenfalls

teuren, dem Einzelnen aber nur wenige Euro bringenden Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel.

„Warum Salz ein Grundnahrungsmittel ist, Zucker aber nicht, verstehe ich nicht. Wir haben die Steuersenkung nicht bekommen, aber trotzdem die Margenkontrolle“, sagt Büttner. Besonders scharf fällt seine Kritik am letzten Punkt aus. Im Rahmen der geplanten Margenkontrolle sollen alle betroffenen Unternehmen ihre Erträge der Bundeswettbewerbsbehörde melden, eine Preiskommission wertet die Daten anschließend aus und bewertet, ob es sich um legitime Gewinne oder krisenbedingte Übergewinne handelt. Büttner: „Für uns ist das absolut abzulehnen. Wir sind keine NGO.“

Offene Fragen

Zudem sei völlig offen, welche Gewinnkennzahlen konkret gemeldet werden müssten und nach welchen Kriterien zwischen zulässigen und unzulässigen Gewinnen unterschieden werden solle. „Da wird eine riesige Bürokratie aufgebaut. Man kann das nicht ernst nehmen“, so der Agrana-Chef. In stark konzentrierten Sektoren wie der Mineralölwirtschaft, wo in Österreich nur eine einzige Raffinerie betrieben werde, mache eine solche Kontrolle „vielleicht Sinn“. „Bei ganz normalem Wettbewerb ist das absolut falsch“, so Büttner.

Das eigentliche Kernproblem bleibe jedoch der kombinierte Anstieg bei Öl-, Gas- und Strompreisen. Allein die Transportkosten schlagen bei der Agrana mit rund 100 Millionen Euro jährlich zu Buche. Steigen diese infolge höherer Kraftstoffpreise um 15 bis 20 Prozent, hat das erhebliche Auswirkungen auf das Ergebnis.

Büttner: „Für die Abdeckung der Verluste in den letzten Jahren hat sich niemand bei mir gemeldet.“

Teilen

<https://www.kosmo.at/lebensmittelbranche-warnt-irankrieg-treibt-lebensmittelpreise-hoch/>
